

Zick-Zack-Kurs der SPD/FDP in der Energiepolitik

Bürger, Parlamente, Energieversorgungsträger erwarten von der Bundesregierung verlässliche Orientierungsdaten, wie die Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland gesichert werden kann. Eine Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung ist notwendig. Die Annahmen des Beschlusses vom 23. März 1977 „Grundlinien und Eckwerte für die Fortschreibung des Energieprogramms“ sind sehr optimistisch. Die Gültigkeit bzw. die Absicht der Bundesregierung, die genannten Ziele zu verwirklichen, muß bezweifelt werden.

Die Energiedebatte des Deutschen Bundestages am 15. Juni 1977 sollte Klarheit in die deutsche Energiepolitik bringen, Klarheit, die ihr seit Jahren in einem besorgniserregenden Maße abhanden gekommen ist. Zwar hat die Bundesregierung zum Ausdruck gebracht, daß sie an ihren bisherigen energiepolitischen Beschlüssen festhalten will, doch jüngste Entwicklungen haben seither Unsicherheit und Zweifel aufkommen lassen, ob die offiziell erklärte Energiepolitik auch für die Zukunft noch Geltung hat. Die Zweifel sind nicht etwa außerhalb des Regierungslagers, sondern von Mitgliedern der Bundesregierung selbst genährt worden. Die Matthöfer-Erklärung, die Bundesregierung werde die Forderungen der Parteitage von SPD und FDP nach einem Moratorium akzeptieren, hat völlig neue Tatbestände geschaffen.

Kritik an der Bundesregierung

Die Aussagen von Mitgliedern der Bundesregierung und führenden Mitgliedern der SPD/FDP sind widersprüchlich. Während Wirtschaftsminister Friderichs den Ausbau der Kernenergie auf 30 000 MW bis 1985 für notwendig erachtet, glaubt Forschungsminister Matthöfer mit 15 000 bis 20 000 MW auskommen zu können.

Der FDP-Hauptausschuß hat in Saarbrücken ein faktisches Moratorium beschlossen, ebenso einige Parteigliederungen der SPD.

Die Bundesregierung hat es bisher unterlassen, die deutsche Energiepolitik in den Datenkranz der Weltenergiepolitik einzubinden. Gerade in diesem Bereich wäre es fatal, wenn internationale Entwicklungen und Aspekte unberücksichtigt blieben. Bundeskanzler Schmidt, der sich gern als Weltökonom ausgibt, wäre hier gefordert.

Die deutsche Energiepolitik ist nur unzureichend mit den Erfordernissen einer dynamischen mittelfristigen Wirtschaftspolitik abgestimmt. Es ist zweifelhaft, ob die Energiepolitik mit den Zielen des Wachstums und der Vollbeschäftigung abgestimmt ist.

Der Kanzler, der nach dem Grundgesetz die Richtlinien der Politik bestimmt, zeigt kein Durchsetzungsvermögen. Wochenlang schweigt er im allgemeinen energiepolitischen Wirrwarr.

Die Fortschreibung des Energieprogramms, ursprünglich für den Sommer angekündigt, dann auf September verschoben, soll nun erst Ende des Jahres erfolgen.

Aussagen der Bundesregierung zur friedlichen Nutzung der Kernenergie

Im Siebten Deutschen Bundestag waren sich alle Parteien und die Bundesregierung einig, daß ohne den Ausbau der Kernenergie die Energieversorgung unseres Landes in absehbarer Zukunft nicht mehr sichergestellt werden kann. Am 13. Mai 1976 stimmte der Bundestag bei nur zwei Gegenstimmen einer solchen gemeinsamen Entschließung zu.

Der Bundestag betonte die „*Notwendigkeit, die friedliche Nutzung der Kernenergie, sparsame und rationelle Energieverwendung, den Einsatz heimischer Energiequellen — insbesondere Kohle — und die Entwicklung neuer Energietechniken als Teile einer Gesamtstrategie zur Sicherung der Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland zu betrachten*“.

Diese Gesamtstrategie war bislang erklärte Politik der Bundesregierung.

„Auf den Ausbau auch der Kernenergie kann nicht verzichtet werden. Kernenergie bleibt zur Deckung des vorhersehbaren Strombedarfs notwendig und unerlässlich. Ohne ihren Beitrag wäre es auch nicht möglich, die Energieträger so vielfältig einzusetzen, wie es im Interesse der Sicherheit unserer Stromversorgung geboten ist.“

(Bundeskanzler Schmidt: Regierungserklärung, 16. Dezember 1976; Ziff. 26)

„Die Kernenergie ist als eines der Elemente unserer Stromversorgung nicht mehr wegzudenken . . . Wir brauchen zusätzliche Energie in jedem Fall, wenn nicht in

einigen Jahren womöglich dramatische Engpässe in der Stromversorgung unserer Arbeitsplätze und unsere Wohnungen riskiert werden sollen.“

(Bundeskanzler Schmidt: Rundfunk- und Fernseherklärung, 17. Februar 1977)

„Das zentrale Problem der Energiepolitik im Elektrizitätsbereich ist damit, den unvermeidbaren und auch durch ein Einsparprogramm nur geringfügig beeinflußbaren Strombedarf trotz der bereits eingetretenen Verzögerungen bei der Bereitstellung entsprechender Erzeugungskapazitäten zu decken. Dies geht nur in der Kombination von verstärktem Steinkohleeinsatz und maßvollem, stetigem Ausbau der Kernenergie.“

(Grundlinien und Eckwerte für die Fortschreibung des Energieprogramms, 23. März 1977, Ziff. 29)

„Also meines Erachtens brauchen wir neue Werke, die bis 1985 in Betrieb gehen, wenn ich dieses Stichtagsdatum nennen kann. Und da wir heute mit einer Zeit — von der Investitionsentscheidung bis zur Fertigstellung — rechnen müssen von rund neun Jahren, wird es also Zeit, die neuen Genehmigungen zu erteilen, wenn wir nicht Mitte der achtziger Jahre in Probleme hereinlaufen.“

(Wirtschaftsminister Friderichs: Süddeutscher Rundfunk, 22. März 1977)

„Der Verzicht auf den weiteren Ausbau der Kernenergie oder auch nur eine gewollte Verzögerung kann keine energiepolitische Strategie sein.“

(Wirtschaftsminister Friderichs: „FAZ“, 1. April 1977)

Kehrtwendung von Forschungsminister Matthöfer

Forschungsminister Matthöfer vertrat ursprünglich die Energiepolitik der Bundesregierung. Inzwischen hat er sich dem Druck der Kernenergiegegner in der SPD gebeugt. Matthöfer ist so zum klassischen Fall des imperativen Mandats geworden. Der „Spiegel“ kommentiert diesen Vorgang: „... hat sich der Kanzler bisher hartnäckig geweigert, sein Plädoyer für einen zügigen Ausbau der Atomkraftwerke zu modifizieren. Als sich sein langjähriger Intimus, Forschungsminister Matthöfer, kürzlich unter dem Druck der Frankfurter Parteibasis, die ihm mit dem Entzug des Wahlkreises gedroht hatte, kompromißbereit zeigte, handelte er sich schwere Telefonschelte seines Gönners vom Brahmsee ein.“ („Spiegel“, 29. August 1977)

Aussagen von Forschungsminister Matthöfer

„Selbst wenn wir Energiequellen wie die Sonne, den Wind oder die Erdwärme heranziehen — und wir tun bei der Entwicklung dieses Gebietes schon viel — werden wir immer noch Kernenergie benötigen.“

(„Wirtschaftswoche“, 26. November 1976)

„Ich sehe keine andere Möglichkeit als Kernenergie einzusetzen. Wieviel das sein

wird, darüber muß man diskutieren, und das wird unsere flexible Wirtschaft irgendwie schon hinbekommen.“

(DFS, Pro und Contra, 27. Januar 1977)

„Andererseits ist die Einsicht unausweichlich, daß die Energieversorgung ohne Kernenergie spätestens im nächsten Jahrhundert in Gefahr gerät . . ., selbst dann, wenn wir schon heute Anstrengungen bei der Einsparung von Energie und bei der Nutzung nicht nuklearer Quellen unternehmen.“

(SPD-Fachtagung „Energie, Beschäftigung, Lebensqualität“, 28./29. April 1977)

„Die Bundesregierung kann sich nicht immer an die Beschlüsse der sie tragenden Parteien halten, erklärte Forschungsminister Hans Matthöfer der ‚Welt‘ zu den Saarbrücker FDP-Beschlüssen über Kernenergie. Jede Regierung müsse große Rücksicht auf solche Beschlüsse nehmen, meinte er. ‚Dies bedeutet natürlich nicht, daß in kritischen Fällen die Verantwortung gegenüber der Vollbeschäftigung zum Beispiel unter Umständen eine Regierung auch zwingt, ihren Parteien zu erklären, warum sie bestimmte Parteitagsbeschlüsse nicht vollständig so durchführen konnte, wie sie gefaßt worden sind‘, erklärte er.“

(„Die Welt“, 28. Juni 1977)

„Es kann durchaus passieren, daß auf den Parteitagen von SPD und FDP im Spätherbst beschlossen wird, den Bau neuer Kernkraftwerke erst dann zu genehmigen, wenn eine erste Teillerrichtungsgenehmigung für die geplante Atommüll-Deponie vorliegt. Das bedeutet praktisch einen Baustopp für neue Kernkraftwerke von mindestens zwei bis fünf Jahren. Sollte es so kommen, könnte die Regierung an den Beschlüssen ihrer beiden Parteien kaum noch vorbeigehen.“

(„Bild“, 30. Juli 1977)

„Ein Baustopp von drei bis fünf Jahren für Kernkraftwerke ist so gut wie sicher. Forschungsminister Hans Matthöfer (SPD) ist der Ansicht, daß die Bundesregierung bei der Fortschreibung ihres Energieprogramms, die für den Herbst angekündigt ist, von dieser Realität auszugehen hat.“

(„Frankfurter Rundschau“, 4. August 1977)

Widersprüche in der SPD/FDP

Während Forschungsminister Matthöfer dafür plädiert, den Forderungen von SPD und FDP nach einem Moratorium nachzugeben, will Wirtschaftsminister Friderichs an der Energiepolitik der Bundesregierung konsequent festhalten. Bundeskanzler Schmidt schweigt.

„Aber wir Liberalen lehnen grundsätzlich das imperiale Mandat ab, und das bedeutet, daß ich auch in diesem Bereich nach meiner Kenntnis und Erkenntnis zu handeln habe. Und selbstverständlich bin ich gebunden in die Kontinuität der bisherigen energiepolitischen Beschlüsse der Bundesregierung, die übrigens auch die Zustimmung der Fraktion der FDP gefunden haben.“

„Ich gehe davon aus, daß diese Politik wie bisher vom ganzen Kabinett getragen wird; jedenfalls wird das an mir nicht scheitern.“

(Friderichs, „Süddeutsche Zeitung“, 30. Juni 1977)

Der Kabinettsbeschuß vom 23. März 1977 lautet:

1. Es muß die Vorauswahl eines oder mehrerer grundsätzlich geeigneter Standorte für das Entsorgungszentrum getroffen sein.

2. Das Genehmigungsverfahren für die Wiederaufbereitungsanlage muß durch Beantragung der 1. TEG für das Brennelemente-Eingangsbecken eingeleitet sein.

3. Ein positives Urteil der Reaktorsicherheitskommission über die grundsätzliche sicherheitstechnische Realisierbarkeit des Entsorgungszentrums auf der Grundlage des von der Bundesregierung im Kabinettsbeschuß vom 23. März 1977 erwähnten Sicherheitsberichtes muß vorliegen.“

Pressekommentare zur SPD/FDP-Energiepolitik

„Wenn diese Einschätzung als zumindest nicht völlig danebenliegend angesehen wird, dann kann sich eine vernünftige Regierungspolitik nur etwa auf der von Matthöfer angedeuteten Linie vollziehen; denn was sollte es wohl für einen Zweck haben, wenn sich Schmidt, Matthöfer, Friderichs und Genscher auf ihren jeweiligen Parteitagtagen wie germanische Recken gegen die überwältigende Mehrheit der Delegierten wehrten und dann schließlich mit fliegenden Fahnen untergingen?“

(„Frankfurter Rundschau“, 10. August 1977)

„Hans Matthöfer, der noch Anfang Juli mit einem Rücktritt drohte, falls seine Politik nicht akzeptiert würde, änderte seine Formulierungen, als der von Jungsozialisten gemeinsam mit Bürgerinitiativen veranstaltete Frankfurter Energiekongreß seine Schatten mit Alternativ-Konzepten warf. Es entstand der Eindruck, als hätten sich die Minister beider Parteien darauf geeinigt, der Parteibasis verbal entgegenzukommen. Der Baustopp scheint schon in die Rechnung eingebaut zu sein.“

(„Süddeutsche Zeitung“, 10. August 1977)

„Und wenn der Kanzler tatsächlich noch die Absicht hätte, den ungestörten Ausbau der Kernkraftwerke voranzutreiben und zu erkämpfen, so ist das für ihn ziemlich aussichtslos geworden. Wenn schon der zuständige Minister die Verteidigung der bisherigen Politik als hoffnungsvoll unterstellt und wenn er darüber

meditiert, daß die Folgen eines Moratoriums zwar gefährlich, aber nicht unbedingt fatal seien — wer eigentlich soll sich dann noch für die bisherige offizielle Politik einsetzen?“

(„**Die Zeit**“, 12. August 1977)

„Um die Verunsicherung noch zu vergrößern, fiel all das zusammen mit einem Salto mortale des Wissenschaftsministers Hans Matthes. Erst machte er den Salto vorwärts, dann, als ihm dies statt lautem Beifall schrille Kritik der Opposition eintrug, einen Salto rückwärts. Nun weiß wirklich niemand mehr, was der Mann, der bis gestern die Atomenergie für unsere Zukunft als unentbehrlich bezeichnet hat, wirklich denkt.“

(„**Die Welt**“, 13. August 1977)

„Das Lavieren Bonns zwischen den Ansprüchen der außerparlamentarischen ‚Bürgerinitiativen‘ und den Notwendigkeiten bei der Energieversorgung ist zum Teil auch erklärbar. Der Versuch, mit einer breiten Debatte die Energiepolitik in die parlamentarischen Gremien zurückzuholen, ist Mitte Jahr kläglich gescheitert. Ohne massiven Verlust an Glaubwürdigkeit ist ein scharfes Abrücken der Regierung in der Sache von ihren Mitte Jahr verkündeten Grundlinien der Energiepolitik kaum mehr möglich.“

(„**Neue Zürcher Zeitung**“, 14. August 1977)

Konsequenzen eines Moratoriums

Die Auswirkungen einer Politik der Bundesregierung, die dem erkennbaren Kurs von SPD und FDP folgt, sind in ihrem vollen Ausmaß noch gar nicht abzusehen. Diese Folgen sind aber schon heute erkennbar:

- Energielücke von mindestens 10 000 MW, wahrscheinlich von über 15 000 MW;
- Verschärfung der Wachstumsproblematik;
- Verstärkung der Arbeitslosigkeit;
- Verstärkung der Abhängigkeit bei der Energieversorgung.

Zu diesen Problemen einige Stimmen:

„Wenn wir über die bereits im Bau befindlichen Kernkraftwerke hinaus keine weiteren Kernkraftwerke mehr zulassen — auch Wyhl und Brokdorf nicht —, haben wir 1985 voraussichtlich eine Bedarfslücke von rund 16 000 Megawatt und damit 14 % Stromkapazität zuwenig.“

(Friderichs, „**Bild am Sonntag**“, 20. Februar 1977)

„Auf die Beschäftigungssituation würde sich ein Moratorium verhängnisvoll auswirken, meint die KWU weiter. Bei einem Bauprogramm von 35 000 bis 38 000 MW und unter Einschluß des Exportgeschäfts könnte die kerntechnische

Industrie — ohne Brennstoffversorgung und -entsorgung — Anfang der 80er Jahre 260 000 Personen einen Arbeitsplatz bieten. Ein Moratorium, das sich nur im Inland auswirkt, würde den Beschäftigungseffekt um 170 000 Personen verringern.“

(„Handelsblatt“, 21. Februar 1977)

„Für die Bundesrepublik steht ein Wachstumspotential von mindestens 100 Milliarden DM auf dem Spiel.“

(Dieter Balkhausen, „Deutsche Zeitung — Christ und Welt“, 22. April 1977)

„Frage: Es geht also nicht nur um die Stromlücke, sondern auch um das direkte Wachstum, was diese Industrie produziert. Man rechnet bis 1985 mit etwa 100 Milliarden Mark,

Antwort: Ja, und es geht auch um Arbeitsplätze. Es sind gegenwärtig direkt und indirekt vielleicht 100 000 Menschen in Deutschland damit beschäftigt, solche Kraftwerke zu bauen — 30 000 direkt und in der Zulieferung noch einmal das Doppelte. Es ist eine Industrie von ähnlicher Bedeutung auf dem Arbeitsmarkt wie die Luft- und Raumfahrtindustrie in Deutschland.“

(Bundeskanzler Schmidt, ZDF, Kontrovers, 21. April 1977)

„Wir würden auch leben, wenn es keine Kernenergie gäbe. Doch wir sind davon überzeugt, daß bei einem Verzicht auf Kernenergie in unserem Land die angestrebten Wachstumsraten nicht erreichbar sind.“

(Wirtschaftsminister Friderichs, „Wirtschaftswoche“, 13. Mai 1977)

„Volkswirtschaftlich bedeutet das faktische Moratorium, daß im Augenblick Investitionsentscheidungen in Höhe von vielleicht mehr als 30 Milliarden DM nicht vollzogen werden können.“

(Dr. Narjes, 31. Sitzung des Deutschen Bundestages, 15. Juni 1977)

„Meine Einschätzung der Lage ist, daß ein völliger Verzicht auf Kernenergie ab 1985 uns in allergrößte Schwierigkeiten bringen wird, ganz sicher auf dem Gebiet der Beschäftigung Konsequenzen hat, mit denen jeder sich auseinandersetzen muß, der heute verlangt, es solle keine Kernenergie genutzt werden.“

(Forschungsminister Matthöfer, N/WDR, Echo des Tages, 15. Juli 1977)

„Bernhard Flettner, der Vorstandsvorsitzer der Siemens AG, sagte am Donnerstagabend im Fernsehen, unter Berufung auf Regierungsschätzungen, die bisher eingetretenen Verzögerungen hätten bereits 250 000 Arbeitskräfte ‚freigesetzt‘.“

(„Die Welt“, 6. August 1977)

„Das Deutsche Atomforum, die Repräsentanz der Kernenergiewirtschaft und von Atomwissenschaftlern, warnt Regierungen und Parlamente eindringlich vor mehr-

jährigen Verzögerungen beim Ausbau der Kernkraftkapazität. In einem Memorandum wird betont, die Baugenehmigung weiterer Kernkraftwerke könne verantwortet werden. Bis zur Fertigstellung und Inbetriebnahme der Kernkraftwerke bleibe ausreichend Zeit, um für ‚Entsorgung‘ (Wiederaufbereitung von Brennelementen und Atommülldeponien) volle Klarheit zu schaffen.“

(„FAZ“, 8. August 1977)

Position der Union

Die Haltung der Union ist eindeutig. Die Energiepolitik muß im Rahmen unserer marktwirtschaftlichen Ordnung dafür sorgen, daß die Voraussetzungen für eine zuverlässige, ausreichende, kostengünstige Energieversorgung geschaffen werden und daß der rationelle Einsatz von Energie verstärkt gefördert wird. Die Grundposition der Union ist im Entschließungsantrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 15. Juni 1977 niedergelegt.

Danach orientiert sich die Energiepolitik der Union an folgenden Zielen:

- ① Ausreichende, sichere und kostengünstige Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland;
- ② Umweltfreundlichkeit und Sicherheit der eingesetzten Energieträger;
- ③ Rationelle Ausnutzung und Verwendung von Energie;
- ④ Längerfristige Entwicklung alternativer Energieträger und Systeme;
- ⑤ Die außenpolitische Absicherung des Primärenergieimports aus politisch stabilen Ländern und eine weitgehende Streuung der Bezugsländer.

Maßnahmen zur Deckung des Energiebedarfs sind:

- Sparsame und rationelle Energieverwendung.
- Stein- und Braunkohle müssen wesentlichen Beitrag zur Energiedeckung leisten.
- Verstärkte Forschung zur Nutzung regenerativer Energiequellen.
- Reduzierung des Verbrauchsanteils von Mineralöl und Erdgas.
- Friedliche Nutzung der Kernenergie.

Bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie muß Sicherheit Vorrang vor wirtschaftlichen Erwägungen haben, d. h. es muß alles technisch Mögliche getan werden, damit ein umweltfreundlicher, sicherer Einsatz gewährleistet ist.